

Ja zum CO2-Gesetz

Die Zuger Wirtschaftskammer befürwortet die Vorlage, die am 13. Juni vors Volk kommt

Am 13. Juni stimmt das Volk über das CO₂-Gesetz ab, das zum Ziel hat, die Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990 um mindestens die Hälfte zu reduzieren. Die Zuger Wirtschaftskammer sagt «Ja» zur Vorlage und begründet ihre Entscheidung damit, dass das Gesetz klimafreundliche Investitionen fördere sowie Wirtschaft und Bevölkerung für ökologisches vernünftiges Verhalten belohne.

Abstimmung Der Klimawandel ist eine der grössten Herausforderungen, die die Welt kennt. Alleine in den letzten fünf Jahren haben die Schweizer Gletscher gemäss einer Untersuchung zehn Prozent ihres Eisvolumens verloren. Geht es mit der Erwärmung weiter, werden die Schäden immens und teuer. Bereits bis Mitte des Jahrhunderts könnte ein ungebremster Klimawandel in der Schweiz Kosten von bis zu vier Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP) verursachen. Rasches Handeln wird nun erwartet.



Andreas Umbach erklärt: «Das CO₂-Gesetz schafft Arbeitsplätze sowie Anreize für ein umweltfreundliches Verhalten.»

z.V.g.

Ein wichtiger Schritt

Die Zuger Wirtschaftskammer betont, das CO₂-Gesetz, über das am 13. Juni abgestimmt wird, sei ein

wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer intakteren Umwelt. Zudem stellt es die Grundlage zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, das auch die Schweiz unterzeichnet hat. Deshalb hat der Vorstand der Zuger Wirtschaftskammer mit deutlicher Mehrheit die Ja-Parole zur Vorlage beschlossen. Der Präsident des Verbands, Andreas Umbach, engagiert sich auch im lokalen Abstimmungs-komitee. «Das CO₂-Gesetz schafft Arbeitsplätze sowie Anreize für ein umweltfreundliches Verhalten von Unternehmen und Gesellschaft. Es erfüllt ein Minimalziel, für das die Wirtschaft in ihrem ureigensten Interesse einstehen muss». Denn Nachhaltigkeit, so Umbach, sei längst kein «Nice to have» mehr, sondern wirtschaftliche Chance und Notwendigkeit zugleich. Die Umsetzung der Vorlage, vor allem die Implementierung und Bewirtschaftung des Klimafonds, so mahnt die Zuger Wirtschaftskammer, müsse aber schlank bewerkstelligt werden und keinen unnötigen Bürokratieaufwand verursachen.

PD/SM

Neubau für Notzimmer im Göbli

Am 13. Juni stimmt die Stadt Zug über einen Neubau für Notzimmer ab

Die Einwohnergemeinden sind nach Bundesrecht dazu verpflichtet, obdachlose Menschen in einer Notlage vorübergehend eine Unterkunft zu bieten. Damit die Stadt Zug dies auch in Zukunft ermöglichen kann, werden neue Notzimmer benötigt. Daher steht am 13. Juni zur Abstimmung, ob ein Neubau mit 30 solchen Zimmern realisiert werden soll.

Zug Aktuell verfügt die Stadt Zug über Notunterkünfte in eigenen und angemieteten Räumlichkeiten an verschiedenen Standorten. Eine Notunterkunft ist dabei ein niederschwelliges Wohnangebot für Einzelpersonen, Paare und Familien, die ihre Wohnung verloren haben, sich nicht aus eigener Kraft helfen können und sonst in eine noch grössere Notsituation gelangen.



Gregor Bruhin, Präsident der SVP Stadt Zug, ergreift mit seiner Partei die Ja-Parole zur städtischen Abstimmung vom 13. Juni.

z.V.g.

Sechsstöckiger Neubau

In den kommenden Jahren fallen einige dieser Notwohnungen und -zimmer allerdings weg. Trotz intensiver Suche konnten keine Ersatzräumlichkeiten gefunden werden. Daher soll ein sechsstöckiger Neubau auf einem stadteigenen Grundstück im Göbli mit 30 Notzimmern gebaut werden. Für das Projekt ist ein Baukredit von knapp sieben Millionen Franken nötig. Ob das Projekt in dieser Form realisiert werden soll, darüber stimmt die Stadt Zuger Bevölkerung am 13. Juni 2021 ab. Die SVP legt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern der Stadt Zug aber nahe, die Vorlage anzunehmen. Dies teilte die SVP Stadt Zug in einer Medienmitteilung am 10. Mai 2021 mit. Sie stütze den Grundsatz, dass in der Schweiz und insbesondere in Zug niemand auf der Strasse leben müsse.

PD/SM

Neuer Präsident der FDP

Die FDP wählten an ihrer Generalversammlung Cédric Schmid

Die FDP. Die Liberalen Kanton Zug wählten an ihrer kürzlich durchgeführten Generalversammlung (GV) Cédric Schmid aus Zug zu ihrem neuen Präsidenten. Sussi Hodel nimmt als Ersatz für Gian Brun Einsitz in die Geschäftsleitung.

Präsidium Nach zwei Jahren im Amt hat Carina Brüngger aus gesundheitlichen Gründen ihren Rücktritt als Präsidentin eingereicht. In ihrer zweijährigen Amtszeit hat sie vor allem die Strukturen der Partei gefestigt und die Geschäftsleitung neu organisiert. Die Parteiversammlung erwählte an der diesjährigen GV Cédric Schmid zu ihrem Nachfolger. Seine Nomination durch die Geschäftsleitung erfolgte auf Empfehlung einer Findungskommission. Schmid ist 41 Jahre alt und wohnt mit seiner Frau in der Stadt Zug. Er hat sich bereits einen



Cédric Schmid, neuer Präsident der FDP. Die Liberalen Kanton Zug.

z.V.g.

Namen als Präsident der Stadtpartei gemacht und war seit einem Jahr als Finanzchef Mitglied der Geschäftsleitung der Kantonalpartei. In seiner Antrittsrede forderte er die Parteimitglieder auf, den Kanton Zug und seine Bevölkerung zukunftsfähig zu machen.

Weitere Position neu besetzt

Neben dem neuen Präsidenten hat die FDP mit Sussi Hodel noch eine weitere Position in der Geschäftsleitung neu besetzt. Hodel ersetzt Gian Brun, der aufgrund der Fokussierung auf sein Studium zurückgetreten ist. Sie ist als IT-Unternehmerin, Galeristin und Kunstschaffende tätig sowie im Vorstand der FDP Unterägeri und in der Umweltkommission aktiv. Sussi Hodel wird sich um das Ressort «Abstimmungen und Wahlen» kümmern. Anfang 2020 startete die Geschäftsleitung der FDP einen Strategieprozess. In einem partizipativen Verfahren wurden alle Gremien, Mandatsträger sowie interessierte Parteimitglieder eingeladen, die neue Strategie mit zu entwickeln. An der GV hatten die Parteimitglieder zudem die Möglichkeit, mit verschiedenen Anträgen die Strategie anzupassen und zu schärfen.

PD/NK

Trinkwasserinitiative

Von Hans Baumgartner

Bitte lesen sie die Packungsbeilage und fragen sie ihre Bäuerin oder ihren Bauern. Dieser Hinweis kommt mir unweigerlich in den Sinn, wenn ich all die wünschenswerten, aber meist falschen Vorstellungen über die Wirkung der Trinkwasserinitiative höre oder lese. Keine Frage, wir alle wollen und brauchen unbedingt sauberes Wasser.

CVP Liest man die «Packungsbeilage» zur Trinkwasserinitiative, so wird schnell klar – das bestätigt auch ein unabhängiges Gutachten des Bundes eindrucklich – mit ihrem scheinheiligen Titel löst diese Initiative keine Umweltprobleme sondern verschiebt sie lediglich in andere Regionen. Also ein klassischer Export der Umweltbelastung. Die Unterstützer werden zu Handlangern der liberalen Hardliner, denen die einheimische Lebensmittelproduktion sowieso ein Dorn im Auge ist und lieber mit grenzenlosen Freihandelsabkommen unser Essen aus der ganzen Welt möglichst billig einfliegen möchten.

Wenn es wirklich um genügend und sauberes Wasser geht, dann wäre die ehrlich gemeinte Pestizidfrei-Initiative wenigstens konsequent und ein möglicher Weg, den Eintrag fremder Stoffe in die Umwelt zu reduzieren.

Nur: beim Lesen dieser «Packungsbeilage» zeigen sich erhebliche «Nebenwirkungen» auf unser tägliches Leben. Sie ist so streng formuliert,



Hans Baumgartner, CVP Cham.

z.V.g.

dass unser Essen massiv teurer, der Einkaufstourismus stark gefördert, der Lebensmittelimport massiv zunehmen und sich FoodWaste auf Grund von Qualitätsmängeln bei den Lebensmitteln noch mehr verbreiten würde.

Wer sich wirklich damit befasst, erkennt die grossen Anstrengungen und Errungenschaften der Schweizer Landwirtschaft, tiergerecht und ökologisch zu produzieren und trotzdem unsere Teller mit einheimischen Lebensmitteln zu füllen. Diesen eingeschlagenen Weg mit den laufenden massiven Senkungen von Antibiotika und Pflanzenschutzmitteln wollen wir zusammen mit den Konsumenten weitergehen und so eine umweltgerechte Produktion mit möglichst geringen «Nebenwirkungen». Dafür braucht es 2x nein zu den extremen Agrarinitiativen.

Zuger Planungsgesetz

Von Anna Spescha

Die Ortsplanungsrevision steht in allen Gemeinden vor der Tür oder ist bereits in Arbeit und damit auch die Umsetzung der Mehrwertabgabe. Die kantonale Vorgabe ist minimalistisch – zu Lasten der Zuger Gesellschaft.

SP In allen Gemeinden des Kantons Zug beschäftigen sich die zuständigen Gremien einerseits und viele interessierte Einwohnerinnen und Einwohner andererseits mit der Überarbeitung der Ortsplanung. Die Ortsplanung hat für die Landbesitzenden massive Konsequenzen. Mit einer Einzonung bekommt das Land einen erheblichen Wert, mit einer Auszonung verliert das Land an Wert. Der Gesetzgeber war sich dessen sehr bewusst und schuf deshalb die Möglichkeit eines Mehr-/Minderwertausgleichs. Wessen Land an Wert verlor, soll entschädigt werden, wessen Land an Wert gewinnt, soll einen Teil dieses Mehrwerts abgeben.

Es ist wahrscheinlich sehr schweiztypisch, dass diese Regelung nur sehr einseitig angewendet wurde. Zwar wurden die «VerliererInnen» von den Gemeinden entschädigt, hingegen mussten die «GewinnerInnen» an den meisten Orten nichts abliefern. Einmal mehr setzten die Bürgerlichen auf das Prinzip «Gewinne privatisieren – Verluste sozialisieren». Die minimale Mehrwertabschöpfung, die 2013 in einer Volksabstimmung festgelegt wurde, setzte der Kanton Zug so um, dass es eher einer Schenkung an die Landbesitzenden gleichkommt. Mit minimalen Abgabesätzen und gross-



Anna Spescha, Kantonsrätin SP. ZW Archiv

zügigen Ausklammerungen wird es auch in der aktuellen Runde der Ortsplanungen so sein, dass einige wenige EigentümerInnen grosse Profite machen, während die Gemeinden für die Kosten z.B. der Erweiterung der Infrastruktur aufkommen müssen.

Es ist leider normal in Zug, dass diese Fairness nicht gelebt wird. Die Besitzenden bekommen Geschenke in Form von tiefsten möglichen Steuern und tiefsten möglichen Abgabeberechnungen. Preisgünstiger Wohnraum ist rar und immer mehr Junge, Alte und Familien müssen wegziehen. Grosskonzerne hingegen werden hofiert, selbst wenn sie es im Ausland nicht so genau nehmen mit Menschenrechten oder Umweltschutz. AusländerInnen sind willkommen, solange das Portemonnaie prall gefüllt ist. In Zug schaut man den Besitzenden. Die anderen müssen halt schauen, wie sie zurechtkommen.